

Staatliches und gesellschaftliches Mäzenatentum: die polnische Kulturpolitik der 1990er Jahre

Schlott, Wolfgang

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schlott, W. (1996). *Staatliches und gesellschaftliches Mäzenatentum: die polnische Kulturpolitik der 1990er Jahre*. (Arbeitspapiere und Materialien / Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, 14). Bremen: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-436286>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Forschungsstelle Osteuropa Bremen

Arbeitspapiere und Materialien

Nr. 14 Polen und Tschechien August 1996

Wolfgang Schlott

**Staatliches und gesellschaftliches Mäzenatentum:
Die polnische Kulturpolitik der 1990er Jahre**

Ivo Bock

**Sind Kulturpolitik und Kulturministerium in einem
demokratischen Staat erforderlich?
Anmerkungen zu einer aktuellen tschechischen Diskussion**

**Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Universitätsallee GW 1 · 28359 Bremen
Telefon 0421 / 218-3687 · Fax 0421 / 218-3269**

Tc 0030

Inhalt

EINLEITUNG:

Auf dem Wege zur Entstaatlichung der Kulturpolitik:

Polen und Tschechien sechs Jahre nach der

politischen Wende 3

Wolfgang Schlott

STAATLICHES ODER GESELLSCHAFTLICHES MÄZENATENTUM:

DIE POLNISCHE KULTURPOLITIK DER 1990er JAHRE 5

Anzeichen eines Aufschwungs.....5

Aufgabenbereiche in der Kulturpolitik.....7

Kulturpolitik im Spiegel der polnischen Gesellschaft8

Die Konturen der Kulturreform.....9

Ivo Bock

SIND KULTURPOLITIK UND KULTURMINISTERIUM IN EINEM

DEMOKRATISCHEN STAAT ERFORDERLICH? ANMERKUNGEN

ZU EINER AKTUELLEN TSCHECHISCHEN DEBATTE 14

Heftige Reaktionen auf ein Interview mit dem Kulturminister..... 14

Eine Äußerung des Premiers und ihr Echo in der politischen Sphäre..... 17

Der weitere Fortgang der Debatte 18

Die Leistungsbilanz des Kulturministeriums in den neunziger Jahren 20

EINLEITUNG

AUF DEM WEGE ZUR ENTSTAATLICHUNG DER KULTURPOLITIK: POLEN UND TSCHECHIEN SECHS JAHRE NACH DER POLITISCHEN WENDE

Die Transformation des kulturellen Lebens in Polen und der Tschechischen Republik läßt im wesentlichen auf dieselbe, seit 1989 mehr oder weniger konsequent und energisch verfolgte Strategie schließen, deren Hauptgedanke in der allmählichen Zurückdrängung des Staates aus diesem Bereich und der gleichzeitigen Aufwertung der Rolle lokaler und regionaler Selbstverwaltungsorgane sowie kultureller Vereinigungen und Verbände und nicht zuletzt privater Sponsoren besteht. Ob und - gegebenenfalls - wie schnell und auf welche Weise der Staat am Ende die Verantwortung für die Nationalkultur gänzlich an andere Akteure abgeben kann und soll, wurde allerdings in den beiden Ländern im Laufe der Jahre und wird auch noch heute sehr unterschiedlich beurteilt. Daß in dem Prozeß der Deetatisierung der Kultur bislang kein entscheidender Durchbruch gelungen ist, hängt aber nicht nur mit diesen konzeptionellen, das Transformationsziel betreffenden Unsicherheiten und Meinungsverschiedenheiten zusammen. Hinzu kommen zumindest noch zwei weitere wichtige Faktoren: die allgemeine Finanzknappheit und beträchtliche legislative Defizite. Zu nennen ist zuvörderst die Steuergesetzgebung, die private kulturelle Initiativen und das Kultursponsoring keineswegs in dem allseits erwünschten Maße fördert, wenngleich einschränkend anzumerken ist, daß die Gesetze namentlich in Polen bereits heute weitgehende Abschreibungsmöglichkeiten eröffnen, die jedoch von potentiellen Sponsoren nicht ausreichend genutzt werden.

Die übergangsbedingten Probleme und die Ungewißheit hinsichtlich der künftigen rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen der Kultur lösten in beiden Ländern heftige Debatten aus, die - neben der Funktion kultureller Aktivitäten in einer demokratischen Gesellschaft - die Notwendigkeit einer staatlichen Kulturpolitik und eines hierfür zuständigen Ministeriums thematisierten und dabei bisweilen völlig gegensätzliche Positionen zutage förderten. Während aber diese Diskussion in Polen nach dem Wahlsieg der Linken im Herbst 1993 weitgehend verstummte, wurde in Tschechien - angefacht durch entsprechende Ankündigungen des amtierenden Ressortchefs Tigríd - noch Ende 1995 mit aller Heftigkeit über die Abschaffung des Kulturministeriums gestritten. Eine gewisse Beruhigung trat hier erst ein, als der Minister klarstellte, daß dies nicht kurzfristig zu erwarten sei und daß der Staat die Übernahme der Kulturförderung durch die Kommunen und Regionen sowie gesellschaftliche und private Akteure gewissenhaft vorbereiten und rechtlich absichern werde. Ob es sich hierbei um eine realistische Perspektive handelt, sei dahingestellt.

Ungeachtet der von der Kulturpolitik herrührenden Unwägbarkeiten gibt der gegenwärtige Zustand sowohl der polnischen wie der tschechischen Kultur kaum

Anlaß zu ernsthafter Besorgnis. Statt des von manchen vorhergesagten und befürchteten Niedergangs des kulturellen Lebens kommt es in beiden Ländern zu dessen unübersehbarer Belebung. Daß dies vielfach nicht dank, sondern vielmehr trotz des Wirkens staatlicher Stellen geschieht, ist allerdings eine andere Frage. Ein eindeutiges, wenn auch nur quantitatives Indiz für den kulturellen Aufschwung stellt die Entwicklung der kulturellen Infrastruktur dar, die in Polen wie in Tschechien seit 1989 deutlich, in einigen Bereichen (z.B. Verlage, Zeitschriften und Galerien) sogar dramatisch, ausgeweitet wurde.

Die beiden vorliegenden Studien zeichnen - mit jeweils unterschiedlichen Akzentsetzungen - maßgebliche Tendenzen der polnischen und tschechischen Kulturpolitik der neunziger Jahre nach. Während dabei Wolfgang Schlott die institutionellen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Kulturpolitik des polnischen Staates überprüft und deren Mängel aufzeigt, schildert Ivo Bock den Diskurs über die Existenzberechtigung des Prager Kulturministeriums und kontrastiert die darin vertretenen Grundpositionen mit dem realen Zustand der tschechischen Kulturpolitik und Kultur.

STAATLICHES ODER GESELLSCHAFTLICHES MÄZENATENTUM: DIE POLNISCHE KULTURPOLITIK DER 1990er JAHRE

Anzeichen eines Aufschwungs

Seit dem Spätherbst 1993 zeichnen sich - im Zusammenhang mit dem Wirken des neuen Kulturministers Kazimierz Dejmek - bei der finanziellen Absicherung wesentlicher kultureller Projekte überraschende Entwicklungen ab. Vor dessen Amtsantritt sah es so aus, als ob die polnischen Liberalen sich einen Wunschtraum erfüllen konnten: die Abschaffung des Ministeriums für Kultur und Kunst, das zu diesem Zeitpunkt nur noch über 0,76% des polnischen Bruttoinlandseinkommens verfügen konnte. Mit diesem Anteil war der vorläufige Tiefpunkt in der jährlichen Zuweisung für den Kulturhaushalt erreicht. Nach den durchschnittlichen 2 Prozent bis 1989 fiel das Kulturbudget von 1 % (1991) auf 0,86% (1992) bzw. 0,76% (1993). Eine sich formierende Öffentlichkeit, die sich aus unterschiedlichen Interessenvertretern zusammensetzte, forderte die verstärkte Rolle des Staates als Mäzen und Koordinator einer Kulturpolitik, die in ihrer Funktionsweise unüberschaubar geworden war. Einerseits subventionierte sie weiterhin Künstlerverbände und bestimmte Bereiche der kulturellen Infrastruktur (Theater, Kulturzeitschriften, Festivals), andererseits überließ sie jedoch weite Bereiche der kulturellen Grundausstattung (Bibliotheken, Jugendklubs, Kulturämter) der Obhut der verarmten Gemeinden.¹ Im Sommer 1994 äußerte sich Kazimierz Dejmek zu den Aufgaben seines Ministeriums:

"Das Kulturressort soll und muß jetzt ein ausführendes Organ der Regierung sein, die im Bereich der Kultur eine solche, und keine andere Politik betreibt. Eines ihrer Ziele ist die Rekonstruktion des staatlichen Mäzenatentums. Die Dummheit von der Selbstfinanzierung der Kultur und von der unsichtbaren Hand des Marktes u.s.w. hat die Praxis bloßgestellt. Sie führte dazu, daß unser Staat sich nicht von der elementaren Verpflichtung gegenüber seinen Bürgern bei der Gewährleistung eines unterschiedslosen Zugangs zu den Kulturgütern, ihrer Propagierung, ihres Schutzes und ihrer Produktion, entledigen kann."²

In diesem Interview äußerte er sich auch zu den Vorwürfen der Künstlerverbände, der Minister kümmere sich nicht mehr um eine ausreichende Dotierung ihrer schwer angeschlagenen Budgets.

¹ Vgl. Schlott, Wolfgang: Der freie Geist weht durch leere Kassen. Polens Kulturpolitik nach der politischen Wende 1989. In: Osteuropa 42 (1992) Nr. 12, 1086-1094.

² "Takie było zamówienie". Kazimierz Dejmek odpowiada na pytania Wiadomości Kulturalne. In: Wiadomości Kulturalne, Nr. 6 (1994) 5.

"Ich lege großen Wert auf die Meinung der Künstlerverbände, ich berücksichtige sie, sie beeinflussen meine Entscheidungen. Berechtigterweise halten sie sich für den Nabel der Welt ... Aber sie mögen mir das Urteil erlauben, daß auch eine Spitzenklöpplerin aus der Gegend von Bielsko-Biała, ein Töpfer aus der Umgebung von Lublin und ein Chronist aus dem bäuerlichen Milieu, ein Poet von Geburt an, große Künstler sind. Kultur und Kunst dringen nicht nur bis zur *Krakowskie Przedmieście* vor (Hauptstraße in Warschau, W.S.). Und sie ereignen sich nicht nur in den Gedichten von Tadeusz Różewicz, sie passieren auch in der von Gott und Menschen vergessenen allerdumpfsten Provinz, in den Händen eines rustikalen Bildhauers aus der Podhale (Vorgebirge der Karpaten, W.S.). Es ist unsere vornehmste Pflicht, uns um diese Kunst zu kümmern und sie zu fördern."³

Der sich hier abzeichnende neue Kurs der polnischen Kulturpolitik ist nach Budzynski/Krassowski "die Konzeption eines Ministeriums als aktiver Moderator von kulturellen und künstlerischen Prozessen, die weder von oben gesteuert noch als Elemente eines freien Marktes behandelt werden. Diese Konzeption legt fest, daß jeder Künstler Verantwortung übernimmt für sein Talent und seine Botschaft, dem Staat aber die Tragweite jener Botschaft nicht gleichgültig ist. In dieser Weise wird die Kultur in ein breit verständliches Interesse des Staates eingebaut, der, wenn er zivilisiert und modern sein will, die kulturellen Angelegenheiten weitsichtig angehen muß."⁴

Die ersten Anzeichen für das erhöhte Engagement der postkommunistischen Regierung, die nach dem Wahlsieg des sozialdemokratischen Kandidaten Kwaśniewski im November 1995 ihre Politik noch konsequenter durchsetzen kann, sind die Steigerungsraten im Kulturbudget. Wenngleich der prozentuale Anteil im Jahr 1996 die 0,76%-Marge nur unwesentlich überschreiten wird, ist ein erhebliches Anwachsen der Ausgaben zu registrieren. Während 1995 rund 677 Millionen (neue) Złoty ausgegeben werden durften, wird die Menge der Ausgaben im Jahr 1996 auf beinahe 841 Millionen Złoty steigen.⁵ Die Finanzmittel werden wie folgt verteilt: Ausstellungsaktivitäten der Kunstzentren (24,8 Millionen Zł.); Unterhalt der Klubhäuser und Kulturzentren (43,3 Mill.); Zuschüsse für den Betrieb von Theatern, Opernhäusern, Volksbühnen (178,2 Mill.); Philharmonien, Orkester und Tanzensembles (44,5 Mill.), Konzertagentur (0,3 Mill.); Unterhalt der Bibliotheken (135,1 Mill.) und für den Schutz und Konservierung von Baudenkmälern (91,9 Mill.).⁶ Die umfangreichsten Budgetmittel müssen jedoch für den Wiederaufbau des Nationaltheaters und der Nationalbibliothek in Warschau aufgebracht werden.

³ Ibid.

⁴ Budzynski, Adam/ Krassowski, Maciej: Trzecia droga. Raport o finansach kultury. In: Wiadomości Kulturalne Nr. 49 (80) 1995, 8.

⁵ Die Steigerungsraten sind allerdings mit den Inflationsraten der Konsumgüterpreise zwischen 1993 und 1995 zu korrelieren. Sie liegen zwischen 35,3% und 28,0% (1995), vgl. dazu: Clement, H. u.a.: Wirtschaftsentwicklung in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Osteuropa Institut München. Working papers, Nr. 178 (1995), 26.

⁶ Angaben nach "Nakłady budżetu na kulturę i sztukę w 1996 r." In: Wiadomości Kulturalne, Nr. 49 (80), 1995, 1.

Die im Haushalt verankerten Richtzahlen verweisen auf das Anwachsen des Bruttoinlandproduktes um rund 3,5% pro Jahr - verglichen mit dem Ausgangsjahr 1992.⁷ Obwohl die Erhöhung des Budgets um rund 160 Millionen Zloty eine Entlastung für laufende Projekte bedeutet, bewirkt erst ein prozentualer Anteil von 1% am Gesamthaushalt "eine Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse auf stagnierendem Niveau".⁸

Aufgabenbereiche in der Kulturpolitik

Bei der Beschaffung von zusätzlichen Finanzmitteln will der Minister - mit Unterstützung des Finanzministeriums - bereits vorhandene Steuerrichtlinien transparenter machen. Unter Verweis auf den Bankenfonds für Kultur informierte der damalige Vizepremier und Finanzminister, Grzegorz W. Kołodko, über die Möglichkeiten steuerlicher Abschreibungen für Einzahlungen in diesen Fonds.⁹ Ein vom Sejm bestätigtes Gesetz ermögliche Abschreibungen von der eingezahlten Summe bis zu 15 %. Weder Firmen noch kulturelle Institutionen wüßten etwas von solchen Vergünstigungen. Die steuerlichen Erleichterungen wären jedoch für Firmen mit hohen Bruttohaushalten von sehr großem Interesse. So könnten z.B. Unternehmen mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 100 Millionen Zloty bis zu 15 Millionen in den Bankenfonds einzahlen. Die jeweiligen Wirtschaftsobjekte könnten dann 15 Millionen abschreiben und brauchten nur noch für 15 Millionen Zl. Einkommenssteuern zahlen. Von den eingezahlten Geldern habe der Fonds in der Zwischenzeit eine Reihe von Kulturstiftungen unterstützt, wie z.B. den *Fonds der Polnischen Kultur*.

Obwohl gewisse Summen schon in die Kassen großer Stiftungen geflossen sind, dauert die Prozedur der juristischen Registrierung des Bankenfonds noch an. Ein Stiftungsrat soll einberufen werden; ein Aufsichtsrat, bestehend aus Kulturmanagern, Geschäftsleuten und Bankfachleuten, soll etabliert werden. Selbst der Status des Fonds ist noch nicht festgelegt, denn, so der Minister, die Stiftung könne vielleicht auch einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen. Das ministerielle Eingeständnis, daß Gelder in den Bankenfonds fließen, ohne daß dessen Satzungen rechtlich abgesichert sind, spricht für sich.

Auch hinsichtlich der Verteilungsmechanismen der staatlichen Finanzmittel für den Kultursektor herrscht Unklarheit. Es ist daran zu erinnern, daß die Mittel für das Kulturbudget sowohl aus dem Staatshalt als auch aus den Selbstverwaltungen der Gemeinden stammen. Im Jahr 1994 mußten die Gemeinden fast 50% des

⁷ Es handelt sich dabei um die Änderung des Bruttoinlandsproduktes gegenüber dem Vorjahr. Die Zahlen für Polen lauteten: 1992: 2,6%; 1993: 3,8 % und 1994: 5,0% (vgl. Economy Survey of Europe (ECE) 1992/93 und 1993/94, New York/Geneva 1993/1995, unter Verweis auf Quaisser, Wolfgang: Vergleich der wirtschaftlichen Transformation in Osteuropa und Ostasien. In: Osteuropa-Wirtschaft 40 (1995) 4, 284.

⁸ Budzynski, Adam/ Krassowski, Maciej: a.a.O., Ibid.

⁹ Vgl. dazu Gorzej nie było. Rozmowa z prof. Grzegorzem W. Kołodko, wicepremierem i ministrem finansow. In: Wiadomosci Kulturalne 49 (80) 1995, 23.

Kulturhaushaltes tragen. Mit diesem Anteil sind vor allem die kleineren Kommunen insofern überfordert, als sie selbst für den Unterhalt ihrer Schulen nicht genügend Geld aufbringen können.

Kulturpolitik im Spiegel der polnischen Gesellschaft

Neue Finanzquellen könnten in dieser angespannten Lage eine gewisse Entspannung bringen. Die jetzt rechtsgültig gewordene Abschreibung von Geldern zum Wohle der Gemeinschaft wäre möglicherweise in wirtschaftlich starken Wojewodschaften ein probates Mittel zur Kulturförderung, wenn die Unternehmen die Regularien zur Abschöpfung fiskaler Gelder kennen würden. Da dies gegenwärtig noch nicht der Fall ist, müssen die Kommunen mit ihren spärlichen Mitteln haushalten. Sehr zum Schaden des öffentlichen Ansehens der staatlichen Kulturpolitik. Umfrageergebnisse in 47 polnischen Gemeinden, die in 10 Wojewodschaften liegen, bestätigen das trübe Bild bei der Bewertung der kulturellen Situation in der eigenen Gemeinde, verglichen mit der Situation vor einigen Jahren.¹⁰ Mehr als vierzig Prozent der Befragten sprachen von einer Verschlechterung des kulturellen Lebens, zwölf Prozent meinten, es sei so wie immer, nur etwa zwanzig Prozent entdeckten bestimmte Symptome einer Belebung kultureller Aktivitäten, zwanzig Prozent äußerten sich nicht bzw. hatten gar keine Meinung. Dieses Meinungsspektrum ähnelt den Bewertungsmaßstäben, die Experten aus Agrarsiedlungen und Kleinstädten mit langen kulturellen Traditionen entwickelt haben. Eine zusätzliche Bewertungsvariante setzt sich in didaktischer Hinsicht mit Produkten der westlichen Kulturindustrie auseinander, die aus Westeuropa und Amerika importiert werden. Sie treffen vor allem in der katholischen Geistlichkeit auf Widerstand.¹¹

Beklagt werden auch Einbußen bei der kulturellen Erziehung der polnischen Jugend. Sie entstehen aufgrund der Verarmung der Schulen und der Streichung ihrer Bildungsangebote. Während in den 80er Jahren viele Schulen noch workshops anbieten konnten, die der Entfaltung individueller Begabungen und Interessen in künstlerischen und naturwissenschaftlichen Bereichen dienten, verfügen die Schulen nunmehr (wegen der finanziellen Armut der meisten Kommunen) kaum noch über Finanzmittel für außerschulische Aktivitäten.

Die Verarmung der schulischen kulturellen Bildung bedeutet natürlich die Verlagerung kultureller Interessen der meisten Jugendlichen auf die Angebote der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen. Sie sind aufgrund der stark reduzierten Zuschüsse gezwungen, nach marktwirtschaftlichen Überlegungen ihren Kulturbetrieb zu führen. Die Folge davon ist ein Überangebot an Produkten der

¹⁰ Vgl. dazu Górski, Artur: Zmierzch czy kolejny świt? In: Wiadomości Kulturalne Nr. 5 (1994) 4.

¹¹ Vgl. dazu die medienpädagogischen Anmerkungen Bobińskis zu den neuen polnischen Jugendzeitschriften ("Cały ten zgiełk czyli odlot od krainy naiwności" In: Tygodnik Powszechny, Nr. 1 (1995) 7), die im Stil von *Bravo* oder *Popcorn* gestaltet sind und große Anerkennung unter den polnischen Teens und Twens finden.

westlichen Kulturindustrien, deren Manager mit unterschiedlichen Strategien Medienanteile erwerben, um Absatzmärkte zu schaffen. Über die Auswirkungen solcher Schachzüge, an denen die einheimischen Agenturen partizipieren, ist die polnische Öffentlichkeit sehr beunruhigt.¹² Soziologische Umfragen des Warschauer Instytut Kultury über negative Erscheinungen, die die polnische Kultur aus der Sicht unterschiedlicher Vermittler bedrohen könnten, bestätigen diese Tendenz teilweise. Befragt wurden 1085 Personen aus den folgenden fünf kulturbildenden Einrichtungen: Kirchliche Gemeinde, Kulturhaus, Kulturförderer (Animator), Schule und Bibliothek. Sie sollten Stellung nehmen zu negativen Phänomenen. Im Durchschnitt äußerten sich 68,7% positiv auf das Merkmal: *alles wird teurer in einer Kultur, die sich die Menschen nicht mehr leisten können*; 41,5 % meinten, daß die Polen überarbeitet seien und deshalb keine Zeit für Kultur haben; 23,5 % bestätigten, daß es sehr viel Kitsch gebe unter den medialen Angeboten; nur 9,6 % sahen in pornografischen Produkten eine Gefahr für "Leib und Seele", wobei hervorzuheben ist, daß fast 40 Prozent der kirchlichen Kulturvermittler vor solchen Produkten warnten. Nur 22,4 % der Befragten bedauerten es, daß aufgrund der medialen "Superangebote" die Werke der Nationalkultur nicht mehr zur Geltung kommen. Fast ebenso hoch (21,4 %) war der Anteil derer, die es beklagten, daß es für den Normalverbraucher keine betrieblich subventionierten Eintrittskarten mehr gebe.¹³

Die Konturen der Kulturreform

Trotz der realen Steigerungsraten von 5,6% (Bildung und Erziehung) und 3,7 % (Kultur und Kunst) im Jahre 1995 - im Vergleich zu 1994 - erweisen sich nach Ansicht von Budzynski/Krassowski - die Geldsummen für den nationalen Kulturhaushalt nur als "Tropfen im Ozean der Bedürfnisse". Ihre weitere Reduktion zugunsten der riesigen Investitionen, die in den Bau der Nationalbibliothek, den Wiederaufbau des Nationaltheaters und in die notwendige Restauration vieler Kulturdenkmäler (auch außerhalb Polens, wie z.B. in Weißrußland und Litauen) fließen, möchte die seit Ende 1993 regierende Links-Koalitionsregierung bremsen. In dem Aufgabenkatalog des Ministeriums für Kultur und Kunst stehen in den Jahren 1995-1997 drei Bereiche an der Spitze der zu fördernden Kultur:

- finanzielle Unterstützung für den Buchsektor und die Förderung der Buchkultur;
- Schutz des kulturellen Erbes;
- kulturelle Bildung.¹⁴

Bei der Umsetzung der programmatischen Vorstellungen zur Rettung tradierter kultureller Werte gibt es augenscheinlich eine Übereinstimmung, wonach das Problem der Finanzierung der Kultur durch die ständige Erhöhung der Zuweisungsraten für Institutionen, Verlage, Filme oder Großveranstaltungen nicht zu

¹² Vgl. dazu Hirsch, Helga: Auf der Hut vor dem Gift des Westens. In: Die Zeit, Nr. 31 (1995), 43.

¹³ Vgl. dazu die Angaben bei Górski, Artur: Zmierzch czy kolejny świt? In: Wiadomości Kulturalne Nr. 5 (1994), 4.

¹⁴ Vgl. dazu Budzynski, Adam/ Krassowski, Maciej: Trzecia droga, a.a.O.

lösen sei. Ein solches "Modell" trage die Spuren von konservativem Denken, Bequemlichkeit und einer Sehnsucht nach der VR Polen. Die Kultursphäre in einem marktwirtschaftlich orientierten demokratischen Staat benötige Geld, mehr noch aber Reformen. Drei wesentliche Punkte müsse eine Reformierung des polnischen Kultursektors umfassen.

1. Die konzentrierte Förderung von kulturellen Institutionen und künstlerischen Tendenzen, von denen authentische Beiträge zur Bereicherung der Nationalkultur zu erwarten sind. Es handelt sich dabei um die Förderung, international anerkannte Ausstellungen, Theaterinszenierungen und Filme zu machen.
2. Die Reformen dürfen sich nicht nur an der Effizienz des kulturbürokratischen Apparates orientieren, sondern sie müssen die Erfolge konkreter Inszenierungen, Konzerte, Buchveröffentlichungen im Kontext der sie erschaffenden Ensembles, Orchester oder Verlage bewerten.
3. Die Reformen müssen nach der Kreierung und Belebung von außerstaatlichen und privaten Finanzierungsquellen streben. Das Ziel müsse die Einwerbung von zusätzlichen Geldmitteln aus den Kassen großer Privatunternehmen sein, die mit Hilfe von anerkannten Kulturträgern ihre Marktprodukte attraktiver gestalten könnten. In optimaler Hinsicht sollten solche Unternehmen - im Verbund mit anderen - die bisher vom Staat geleisteten Zuwendungen übernehmen.¹⁵

Daß der Ruf nach nichtstaatlichen Finanzierungsquellen in der Zwischenzeit nicht unerhört verhallt ist, zeigen die Ausführungen von Andrzej Urbanskij, dem Stellvertretenden Vorsitzenden der Kultur- und Medienkommission im Sejm. ¹⁶ Er wendet sich unter der Fragestellung: staatliches oder gesellschaftliches Mäzenatentum? gegen den Mythos vom Zerfall der kulturellen Strukturen. Er habe unter Hinweis auf die hohen staatlichen Subventionen in den 70er Jahren den Diskurs über die angebliche miserable Situation der kulturfördernden Institutionen in den 90er Jahren gespeist. Urbanczyks Analyse erweist sich als nüchterne Diagnose eines augenscheinlich nicht mehr kränkelnden Patienten:

"Was ist denn wirklich passiert? Verändert hat man die Finanzierungsgrundlagen des Kultursektors durch den Staat bis an die Grenze der Effizienz vieler Institutionen. In einige Bereiche des künstlerischen Schaffens und dessen Verbreitung (Buch, Kino, Fotografie, Distribution, Presse) sind die Marktrechte eingedrungen, was dazu führt, daß der Preis der individuellen Teilnahme an der Kultur gestiegen ist.

Es zeigt sich jedoch, daß entgegen den katastrophalen Prognosen der Bestand an materiellem Kulturbesitz nicht sichtbar geringer wurde."¹⁷

Der vorgelegte Ausschnitt aus der Leistungsbilanz ist in der Tat beeindruckend. Von 1970 bis 1993 sind in Polen 31 Schauspieltheater entstanden, darunter allein im Zeitraum von 1990 bis 1993 9 Theater mit 29 Bühnen. Auch die Zahl

¹⁵ Vgl. dazu "Nakłady budżetu ...", a.a.O.

¹⁶ "Mecenat państwowy czy obywatelski?" In: Wiadomości Kulturalne Nr. 12/1996, 1/9.

¹⁷ Ibid.

der Schauspielpremieren ist stark gestiegen. 1993 gab es allein 25 Premieren mehr als 1990. Um rund 75 % hat die Zahl der Philharmonien, Symphonieorchestern und Kammerorchestern zugenommen, von 19 (1990) auf 33 (1993). Eine noch positivere Bilanz weist die Branche der Kulturzeitschriften auf: Urbanczyk polemisiert auch mit der Behauptung der liberaldemokratischen Opposition, daß Jahr für Jahr der Anteil der Ausgaben für Kultur im Staatsbudget sinke. Zunächst räumt er ein, daß die 0,68% des Staatsbudgets für 1996 der logische Nachweise für die geringer werdenden Zuwendungen sind. Allerdings würden all diejenigen mit Blick auf den "goldenen Mythos" vergessen, daß z.B. die 1,5 Prozent des Jahres 1988 für die gesamte Infrastruktur der Kultur reichen mußten, während die 0,68 % im Jahr 1995 nur den Selbstverwaltungshaushalten zufließen. Der sinkende Anteil des Staates an den Kulturhaushalten stehe im Zusammenhang mit der Reform des polnischen Staates, der immer mehr Funktionen den Selbstverwaltungen übertrage. Außerdem sei der Anteil der privaten Kulturvermittler an der Angebotspalette beträchtlich gestiegen. Es handelt sich dabei vor allem um hunderte von kleinen Verlagen, die in der Zwischenzeit nicht nur das riesige Nachholbedürfnis der Polen an Sensationslust gleichwelcher Art befriedigen sondern auch einen wachsenden Anteil an der Produktion von belletristischer und sachbezogener Literatur haben.

Der chronische Mangel an Finanzmittel macht die meisten staatlichen Kulturinstitutionen in der Zwischenzeit erfinderisch. So gestand der Direktor des Zentrum für Zeitgenössische Kunst in Warschau, Wojciech Krukowski, in einem Interview, daß die staatlicherseits zugesicherten Budgetmittel für laufende Ausstellungen nur 12 % des gesamten Haushaltes ausmachten und nur von Januar bis März reichten.¹⁸ Dank gewisser Subventionen aus anderen Ministerien und dank bestimmter Zuweisungen aus den Fonds inzwischen geschaffener nationaler und privater Stiftungen können weitere 60 % der Budgets eingeworben werden. Außerdem erarbeitet das Zentrum weitere Finanzmittel, indem es seine Räume und Ausstellungssäle an die Interessensverbände der polnischen Industrie und Wirtschaft vermietet. Ziel dieser seit über sechs Jahre laufenden Mischfinanzierung ist es, nicht nur ein hohes künstlerisches Niveau im Ausstellungsbereich zu halten, sondern auch das gesellschaftliche Engagement in einem Kultursektor zu stärken, der in der öffentlichen Meinung als besonders elitär gilt. Der Abbau von Vorurteilen gegenüber "unverständlichen" Kunstobjekten kann natürlich nicht nur durch verlockende Angebote, wie z.B. freier Eintritt in Museen und Kunstzentren an einem Wochentag, erreicht werden. Viel wirksamer ist - neben einer kontinuierlichen kunstdidaktischen Arbeit in Schulen und Museen - das gesellschaftliche Engagement im Bereich der Projektförderungen. Eine experimentelle Form der Zusammenarbeit von staatlichen, gesellschaftlichen und privaten Mäzenen ist nach Ansicht von Urbanczyk die Konzeption des Treuhänderrates (Rada powiernicza), dem Institutionen und Kultureinrichtungen angeschlossen sollen, die die staatlichen Gelder einerseits untereinander aufteilen, und andererseits Finanzmittel aus gesellschaftlichen und privaten Quellen einwerben. Da solche neuen institutionellen

¹⁸ "Jestem człowiekiem zadowolonym." Rozmowa z Wojciechem Krukowskim, dyrektorem Centrum Sztuki Współczesnej. In: Wiadomości Kulturalne 11 (95) 1995, 23.

Formen sich noch in der Phase des Ausprobierens befinden, müssen die Vordenker einer selbstverantwortlichen Kulturpolitik sich auf die bisherigen Formen der - oft wenig effizienten Verwendung der Gelder - verlassen.

Daß der polnische Staat bei der gezielten Förderung und Finanzierung der Kultur in die Pflicht genommen wird, verdeutlicht das am 12. April 1996 novellierte Gesetz über die Organisierung und die Durchführung kultureller Aktivitäten. Unter der Überschrift 'Verfassung für die Kultur' verweist Bogdan Chajewski auf drei zwingende Gründe, die für die konstitutionelle Form des vorliegenden Dokumentes sprechen: 1. In den Entwürfen zur großen Verfassung fehle der Begriff 'Kultur', 2. Ein Gesetz sei immer der legalisierte Bezugspunkt für andere Gesetzesakte, wie z.B. das in Vorbereitung befindliche Gesetz über die polnischen Museen und Bibliotheken, 3. Das novellierte Gesetz schaffe stabile Entwicklungsbedingungen unter den Bedingungen der Marktwirtschaft.¹⁹ An der Vorbereitung und Ausgestaltung des Gesetzes waren Vertreter der Kommunen, Mitarbeiter des Kulturinstituts in Warschau, Vertreter der Föderation für Kultur und Kunst, der Kulturkommission der "Solidarnosc" und der Kulturkommission des Polnischen Städtebundes beteiligt. Eines der zwingenden Argumente, die für die Novellierung des Gesetzes sprachen, war - mit dem Blick auf westlichen Industriestaaten - die Frage des staatlichen Mäzenatentums. In dem vorliegenden Gesetzesentwurf, der noch durch den Sejm bestätigt werden muß, ist die staatliche Fürsorgepflicht den territorialen Selbstverwaltungsorganen anvertraut. Sie sollen die entsprechenden Finanzmittel verwalten und in Form von Sachmitteln, Stipendien und Preisen - im Rahmen von künstlerischen und literarischen Projekten wie auch anderen Kulturförderungsprojekten - veräußern. Das Gesetz benennt auch die Organisatoren der kulturellen Aktivitäten: staatliche Zentral- und Wojwodschaftsverwaltungen, Gemeinden und kommunale Verbände. Sie sollen Institutionen schaffen, die sich ausschließlich mit kulturellen Projekten beschäftigen. Der Gesetzesgeber trägt außerdem Sorge um die Finanzierung der jeweiligen Kulturinstitution: *"Der Organisator stellt nicht nur die unentbehrlichen Mittel für den Start, sondern auch für die Durchführung der kulturellen Aktivitäten zur Verfügung."*²⁰ Außerdem sieht das Gesetz vor, daß die Einnahmen einer Kulturinstitution Einkommen aus der kulturellen Tätigkeit darstellen, darunter auch Miete und Erbpacht, Zuwendungen aus dem Budget, Spenden von Privatpersonen und Körperschaften wie auch anderen Quellen. Bislang unterlagen die Einnahmen durch den Verkauf von Eintrittskarten der Einkommenssteuerveranlagung. Von dieser Auflage sind die Kulturinstitutionen nunmehr befreit, wenn sie die Einnahmen entsprechend ihrer Statuten verwenden.

Auch in zwei weiteren Bereichen sieht das Gesetz wesentliche Erleichterungen bei der Bewältigung bürokratischer Hürden vor. Kommunen, die eine neue kulturelle Institution schaffen wollen, müssen eine bereits bestehenden nicht vorher liquidieren, sondern müssen nur den Nachweis erbringen, daß sie in finanzieller und infrastruktureller Hinsicht in der Lage sind, diese - entsprechend den gesetzlichen Vorschriften - zu führen. Die Ernennung und Abberufung von Direktoren

¹⁹ "Konstytucja dla kultury". In: Wiadomości Kulturalne, Nr. 17 (101), 1996, 8.

²⁰ Ibid.

solcher Institutionen war auch in Polen stets ein Gegenstand heftigen Streits. Nunmehr ist vorgesehen, daß der Organisator der kommunalen Einrichtung unter Rücksprache mit dem Kulturminister den Direktor beruft und abberuft. Nur im Falle der überregionalen Kulturinstitutionen entscheidet der Minister bei der Besetzung der Direktorenposten allein. Das Gesetz sieht aber vor, daß bei der Berufung der kommunalen Einrichtungen ein breites Spektrum von öffentlichen Meinungsträgern bei der Entscheidungsfindung tätig werden muß.

Bei einer eingehenden Bewertung der Gesetzesnovelle wird ersichtlich, daß der amtierende Minister Dejmek sich auf solche Unternehmen stützen möchte, die gesellschaftsintegrative Funktionen haben und die der an moralischer und kultureller Identitätskrise leidenden polnischen Gesellschaft "einen tieferen Sinn" geben sollen. Aufrichtigerweise gestehen ministerielle Bürokratie und Kulturpublizistik, daß trotz des vorliegenden Gesetzes die Suche nach einer optimalen Lösung des staatlichen Mäzenatentums noch lange dauern wird. Hoffentlich wird die polnische Kulturbürokratie - möglicherweise auch abgeschreckt durch die drohende Liquidierung der kulturellen Grundversorgung in einer Reihe von bundesdeutschen Kommunen seit Beginn der 90er Jahre - eine mutige Umsetzung der im Gesetz verankerten Vorschriften anstreben, immer vorausgesetzt, daß die polnischen Wirtschaftsdaten auch zu Beginn des dritten Jahrtausends mit stetigen Zuwachsraten versehen sein werden.